

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuiller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes

Nr. 37 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüderstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 17. Sept. 1926

Was soll das bedeuten?

Die Dresden fand kürzlich die übliche Jahreshauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie statt. Zunächst ist darüber zu berichten, daß die dort vertretenen Wirtschaftsführer ebensoviel Mittel und Wege anzuzeigen wußten, wie andere Menschen auch, die unser Volk aus der Wirtschaftsknot führen könnten. Man ist über die vielen Stippen glatt hinweggeschlüpft, die den Produktionsapparat der heutigen Wirtschaft wie Bleigewichte niedergedrückt. Nicht davon wurde geredet, wie man den Produktionsapparat entlasten sollte durch den Abbau der vielen Sinfonien und Repräsentationsposen, mit hohen Gehältern und Tantien für Direktoren usw. Nicht von Reduzierung der Preise und Verminderung der Profiten, sondern von Feiern, die andere gemacht haben sollen.

In der Tagesspreize ist nun eine Rede viel kommentiert worden, die der Generaldirektor Dr. Silverberg auf dieser Tagung gehalten hat. Gehalten hat mit ausdrücklicher Übereinstimmung der Industrie, so wird berichtet. Nach den Berichten hat zwar Dr. Silverberg sich mehr an die Sozialdemokratie als an die Gewerkschaften in seiner Rede gewandt, doch in der Hauptrede sind wohl doch die Gewerkschaften gemeint. Doch hören wir, was Silverberg gesagt hat. Er erklärte mächtig:

„Es muß rückhaltlos und dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschult und disziplinierter Mitglieder und charakterreicher Führer verfügen — ich nenne hier, ihn und uns ehrend, den Namen Legion — sich große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeiter- und Soldatenräten wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen. Und danach sei an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gedacht. Aber wie die Gewerkschaften manch ungewöhnlichen Zuwand aus den sogenannten November-Sogialisten erhielten, so ist auch manche gewerkschaftliche Organisation als Novembergewerkschaft anzusprechen. Und wir wollen hoffen, daß die sogenannte Reinigungsliste, in der wir uns heute noch befinden, hier nicht haltmacht. Ich hoffe aber, daß sie auch bei den Überorganisationen, die sich in dem Verbandswesen des industriellen Unternehmertums ausgebilden haben, ebenfalls nicht haltmacht. Es ist nicht zu verkennen, daß sich in dem deutschen Unternehmertum eine Wandlung der Partei vollzogen hat. Diese zu unterschreiben, ist nicht möglich, ohne das politische Gebiet zu streifen.“

Es liege sich selbst etwas vornehmen, wollte man vernehmen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie, eine Minderheit in der Zentrumspartei ihre politische Vertretung findet. Die in den christlichen Gewerkschaften organisierte Minderheit leidet unter allen Schwächen einer Minderheit, die sich vor allem in der Lieberpannung sozial und sozialpolitischer Forderungen ausdrückt, die wieder bei der Mehrheit, den freien Gewerkschaften, die Tendenzen zum Überbieten ausübt. Das Unternehmertum hat darauf sehr zu achten, daß es nicht noch mehr, wie es schon geschehen ist, von diesem Wettkampf dem wirtschaftspolitischen Überlegungen fremd und betroffen wird und dessen Zeile zu zählen hat. Über nicht nur dem Unternehmertum erwachsen aus dieser Lage besondere Schwierigkeiten; sie entstehen mindestens in denselben Umfangen für die Zentrumspartei, solange die Sozialdemokratie Oppositionspartei ist.

Deshalb ist es eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einem im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsbereite Opposition steht. Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Rettung stehen. Das ist nicht richtig. Es muß heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Und wenn es das richtig ist, muß man den Mut haben Konsequenzen zu ziehen, daß nicht die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heran. Und sie wird auch als Partei zugrunde gehen, wenn sie sich nicht hierzu entschließt.

Ich glaube also hier feststellen zu dürfen, daß das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß das Heil für Deutschland und Deutschland Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liegt, und daß, darauf hingehend, auch weite Kreise des deutschen industriellen Unternehmertums den Willen zu der Schlusfolgerung haben, daß die politische Macht und Mit-

verantwortung der Sozialdemokratischen Partei angesetzt werden muss.“

Wenn Dr. Silverberg mit diesen Ausführungen die Zustimmung fundgegeben hat, die zurzeit in den führenden Kreisen der deutschen Industrie vorherrscht, dann kann wohl gelöst werden: Was soll das bedeuten? Also, es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Eine Feststellung, die innerhalb, wenn sie von solcher Stelle aus erfolgt, beachtlich ist. In den führenden Kreisen der deutschen Unternehmer ist man demnach zu der Erkenntnis gelangt, daß alle Berufe und alle Mittel, die von Seiten der Unternehmer zur Vernichtung der Arbeiterschaft beweglich speziell der Gewerkschaften angewendet werden können, nutzlos gewesen sind. Die freien Gewerkschaften sind eine Macht, die christlichen und sonstigen Gewerkschaftsgruppen sind nur von einiger Bedeutung, soweit sie ihre politische Vertretung in der Zentrumspartei finden. Weil über die freien Gewerkschaften ihre politische Vertretung in der Sozialdemokratie stehen, muß man diese als Oppositionspartei ausschließen und an der Regierung teilnehmen lassen.

Allerdings darf das nur zusammen mit dem Unternehmertum geschehen, wenn das Unternehmertum die Führung hat und wenn die Sozialdemokratie auf den Klassenkampf verzichtet. Diese These hat Dr. Silverberg nämlich so nebenbei auch aufgestellt.

Wenn das einen praktischen Sinn haben kann, dann kann das, die Gewerkschaften müssen künftig auf Lohnforderungen und sonst alles Bericht leisten, was die Unternehmer in ihren Bestrebungen dazu kommen können! In diesem Lichte betrachtet, kommt dieser ganze Aufruhr an Geist doch nur auf den Verlust hinzu, dass die Arbeiterschaft mittels des Körpers, an der Regierung teilzunehmen, für die Interessen der Unternehmer genügend zu machen.

Es kann den Gewerkschaften allerdings nicht egal sein, wie sich die Sozialdemokratie zu der Aufforderung stellt, an der Regierung teilzunehmen. In der Nummer 214 des Vorwärts vom 5. September 1926 wird folgende Antwort erteilt:

„Kann kommt Herr Silverberg mit jener abgeschmackten Forderung, die Arbeiterschaft solle auf den Klassenkampf verzichten. Eine Forderung, die nur auf neue die Unkenntnis der Unternehmer von der Klassenkampfideologie beweist. Klassenkampf ist die notwendige Auseinandersetzung der aufstrebenden Arbeiterschaft mit der herrschenden Unternehmerklasse um das soziale Recht. Klassenkampf ist jede Handlung, die zur Hebung des Maßnahmenstandes dient. Ist der Kampf um den Arbeitsertrag, um den Schutz der Schwachen, um die Geltung im Staat und in der Gesellschaft.“

Der Verfasser des Vorwärtsartikels verkennt wohl etwas den Begriff Klassenkampf, wie ihn das Unternehmertum und Dr. Silverberg aufstellt. Nach unserem Dafürhalten versteht die Unternehmer darunter die Vernichtung der Unternehmerklasse durch die Arbeiterschaft. So naiv können wir die Unternehmerführer doch nicht ein, daß sie von den Gewerkschaften erwarten könnten, sie würden einmal, solange die heutigen Klassengegenseiten bestehen, darauf verzichten, den Klassenkampf in der bisherigen Weise fortzuführen. Infottern lassen die Ausführungen des Dr. Silverberg allerdings der Phantasie den weitesten Spielraum.

Das ist auch aus folgenden Ausführungen im Vorwärtsartikel weiter zu erkennen:

„Fordern nicht selbst die deutschnationalen Arbeiter ihr Recht in ihrer Partei, ohne daß man ihnen diese Form des Klassenkampfes verbiete?“

Wenn das richtig ist, dann versteht eben das Unternehmertum und Dr. Silverberg unter Klassenkampf etwas anderes, jedenfalls fürchten sie, daß darunter in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Vernichtung des Sozialstaates verstanden wird.

Wenn die untere Aussicht richtig ist, und daß sie richtig ist, wird dadurch bestätigt, daß die Rechtspreche, Tag, Totalanzeiger usw., sich sofort mit Helligkeit gegen die „Utopie“ des Dr. Silverberg wenden. Man erbt darin ein offenes Bekennnis zur Republik durch die Dresdener Tagung mit allen Konsequenzen, die daraus für die Monarchisten entstanden. Bekanntlich haben die die leichten Standes alles, was republikanisch ist. Sie stehen gegen die Verfechter des heutigen Staates und seiner Verfassung, wo immer sich hierzu Gelegenheit findet.

Die Rechtspreche fürchtet zunächst zunächst die Folgen eines Zusammengehens der Unternehmer mit der Arbeiterschaft auf die politische Gestaltung, die Stärkung der Republik. Die Sozialdemokratie kann nicht auf den Klassenkampf verzichten, weder in dieser noch in jener Form. Und ebenso wenig würden die Gewerkschaften sich damit abfinden können. Wie die Dinge liegen, kann die Sozialdemokratie es gar nicht vermeiden, in all diesen Fragen Rücksicht zu nehmen auf die gewerkschaftlichen Interessen. Denn die

wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterschaft sind so eng verknüpft, daß sie getrennt gar nicht mit Erfolg wahrgenommen werden könnten.

Wir können uns nicht recht vorstellen, daß ein Zusammengenhe der Arbeiterschaft mit den Unternehmern im Sinne der Ausführungen des Dr. Silverberg möglich sein kann. Einmal können die Unternehmer die Ausbeutung der Arbeiterschaft nicht einstellen, und daraus ergibt sich eben aller andere Konfliktstoff, und die Arbeiter können und dürfen es nicht unterlassen, sich dagegen zu Wehr zu sehen. Diese Form des Klassenkampfes ist auch durch kein Kompromiß zu befehligen. Aber auch die leichte Konsequenz des Klassenkampfes, die Bestätigung der bürgerlichen privatkapitalistischen Wirtschaft und die Errichtung einer Nebarwirtschaft kann nicht aufgegeben werden.

Der Vorwärtsartikel schreibt denn auch in dieser Erkenntnis mit folgenden Sätzen: „Wenn es eine politische Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern geben kann, so nur auf der Grundlage wahrhafter Demokratie. Nicht Führer und Geführte treten einander gegenüber, sondern Menschen und Sachwalter von Organisationen, die wissen, was ihre Interessen ausinanderliegen und welches Stück Weges für gemeinschaftliche Arbeit frei ist.“

Der Vorwärts ist demnach eventuell bereit, auf dem Boden gleicher Berechtigung mit den Unternehmern zusammenzugehen. Und die Gewerkschaftszeitung schließt einen Artikel über diese Frage mit folgenden Ausführungen:

„Die Einladung zur Beteiligung an der Regierungsbildung kann uns allerdings neuerdings nicht angenommen noch abgelehnt werden, denn sie ist nicht an die Gewerkschaften, sondern an die Sozialdemokratische Partei gerichtet. Bevor über die in Dresden aufgeworfene Frage entschieden werden kann, muß auch noch weitere Klarheit geschaffen werden über die Absichten, die Herr Silverberg und seine Anhänger mit ihrem Angebot verfolgen, weitere Klarheit vor allem auch über die Kräfte, die hinter dem Angebot stehen, sowie Klarheit über die Haltung der bürgerlichen politischen Parteien zu dem durch Silverbergs Rede aufgerollten Gesamtproblem wie zu konkreten politischen Fragen. Wenn sich jedoch der Verlauf der Dinge so gestalten sollte, daß eine lebte Entscheidung über die Frage einer politischen Mehrheitsbildung im Sinne Silverbergs notwendig wird, dann werden die von uns gestellten Fragen bei dieser Entscheidung erste Beachtung finden müssen.“

Man muß jedenfalls abwarten, welchen Verlauf diese Angelegenheit weiter nehmen wird. Hat man doch den Eindruck von der Rede Silverbergs, daß damit zunächst einmal vorausgesetzt verlautet wird, wie die Stimmen in der Arbeiterschaft beschaffen ist! Man möchte die Arbeiterschaft anscheinend doch gar zu gern wieder durch das Band der Mitverantwortlichkeit für die Handlungen der Regierung festsetzen. Die Entscheidung über die Frage, was da zu tun ist, kann nicht von heute auf morgen getroffen werden. Da wird noch manches Wort gesprochen werden müssen. Sehen wir daher weiter zu, was das alles zu bedeuten hat.

Ein Vierthalbjahrhundert gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.

Als die Gewerkschaften Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre, nach der Gewalt- und Unterdrückungszeit des Sozialistengefängnisses, zu neuem Leben erwacht wurden, mußten sie notgedrungen ihre ganze Kraft und ihre — noch sehr geringen — Mittel auf die propagandistische Aufklärungstätigkeit verpenden. Da diese Aufklärungsarbeit aber naturgemäß ihren Ausgangspunkt nehmen mußte von den bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsrechtlichen Zuständen, so war es in gewissem Sinne zugleich auch Bildungsarbeit, was da gezeigt wurde. Zwar war es im allgemeinen keine methodisch Bildungsarbeit; daß sie trotzdem nicht fruchtlos gewesen ist, haben die Ereignisse des letzten Jahrzehnts hinlanglich erwiesen. Ohne das Fundament an grundlegenden Ergebnissen der gesellschaftlichen Zusammenhänge, das damals durch die Aufklärungstätigkeit der Gewerkschaften gelegt worden ist, hätten sie die Stürme der Kriegs- und Nachriegszeit, ohne Niesgähende Erschütterungen ihres innersten Wesens nicht überstehen können.

Als endlich Ende der neunziger Jahre die latente Wirtschaftskrise überwunden war und die Gewerkschaften zum ersten Male einen Massenzufluss von Jeden- und Hunderttausenden jährlich aufzuweisen hatten, so gingen sie auch daran, ihr Bildungswofen mehr methodisch zu gestalten. Die Fachprese wurde räumlich und inhaltlich ausgebaut. Man begann mit der Herausgabe von Jahrbüchern und Einzelschriften über einzelne Wirtschaftszweige

und Berufsgruppen. Einige Verbände gingen auch mit der Herausgabe von Gewerkschaftsgeschichten voran, von denen manche von dauerndem wissenschaftlichen Wert sind. Auch sie dienen in erster Linie der Bildung der Mitglieder.

Das hatte den Erfolg, daß nun auch aus den Reihen der Mitglieder selbst der Ruf nach mehr Bildungsmitteln und Bildungsarbeit erwachte. Namentlich fachtechnische Bildungsmittel wurden verlangt. So fahnen wie nach und noch in verschiedenen Verbänden befindliche fachtechnische Blätter erscheinen, die sich zum Teil dem Betrieb an die Seiten stellen können, was es auf diesem Gebiete überhaupt gibt.

All das sind Mittel der Massenbildung. Das Bedürfnis, sich eine geeignete Führungsnachwuchs zu sorgen, machte sich gleichfalls schon um die Wende des Jahrhunderts geltend. Das hatte zur Folge, daß im Jahre 1906 die damalige Generalkommission der Gewerkschaften "Gewerkschaftliche Unterrichtskurse" ins Leben rief. An ihnen sollten in der Hauptstrecke nur Gewerkschaftsfunktionäre teilnehmen. Lehrgegenstände waren: Gewerkschaftliche Theorie und Praxis (Legien), Sozialpolitik und Arbeitsschule, Arbeitsschule (Umireit, Robert Schmidt), Wirtschaftswissenschaft (Schöppel) u. a. Für Arbeitersekretäre wurden einige Sonderkurse eingeschoben. Mit dem Kriege janden diese Kurse ein Ende.

Die Nachkriegszeit mit ihren vielfach vergrößerten und erweiterten Anforderungen an die Gewerkschaften sah naturgemäß in erster Linie auch eine Ausdehnung des gewerkschaftlichen Bildungswesens. Es zeigte vor der politischen Seite und dem Verantwortungsbereich der deutschen Arbeiterschaft, daß man in allen größeren Industriezentränen an die Errichtung von Betriebsrätekursen und -schulen ging. Manches, was in ersten Begeisterungsrauschen ins Leben gerufen wurde, hat sich in den Zeiten der Not nicht halten können. Dafür aber haben sich andere Einrichtungen dieser Art schulisch und wissenschaftlich herausragend entwickelt. Zumeist waren und sind diese Einrichtungen breitlängig charakterisiert. Inzwischen sind aber auch die Verbände davon gegangen, zentrale Einrichtungen dieser Art zu schaffen, die unter der Leitung einer eigenen Bildungssekretariate stehen. Zugleich hat man das Aufgabenfeld erweitert, indem man nicht bloß die Betriebsräte zu diesen Schulerrichtungen heranzieht, sondern selbst auch Lehrer für Betriebsrätekurse ausbildet, die nun wieder brauchen im Lande töten sind. Daneben sind die allgemeinen Bildungseinrichtungen weiterhin ausgebaut worden, z. B. auch durch Einführung besonderer Kurse und Abteilungen für Jugendliche und Lehrlinge.

Sodann ging man nach dem Kriege auch daran, ein höheres Schulwesen der Gewerkschaften zu schaffen. Als erste Einrichtung dieser Art wurde 1920 die Arbeiter-Akademie an der Universität Frankfurt a. M. eröffnet. Dieser folgten zwei Jahre später die Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin und Düsseldorf. Berlin wurde ein Opfer der Inflationstrümpfe, wird jedoch am 1. Oktober d. J. wieder eröffnet. An diesen Schulen, die förmlich staatliche Einrichtungen sind, deren Lehrgänge neun bzw. zehn Monate dauern, erhalten die Teilnehmer Unterricht in Wirtschafts- und Soziopolitik, Wirtschaftslehre und Arbeitsrecht und ähnlichen Gebieten. In Frankfurt mehr allgemein hochschulmäßig, an den anderen Schulen mehr fachschulmäßig, an die Gewerkschaften dicker die Kosten für die Unterhaltung der Schüler selbst zu tragen hatten, so haben sie erhebliche Anstrengungen dafür gemacht, da allein der ADGB jährlich bis zu 80 Schüler auf diese Schulen geschickt hat. Die Teilnahme steht allen Gewerkschaften offen, woraus sich ergibt, daß es sich hier nicht, wie in der letzten Zeit aus durchsichtigen Gründen in rechtshabenden Blättern verbreitet wurde, um ausgeprochene Agitatorenschulen für die Gewerkschaften handelt. Dafür

haben sie ihre eigenen Einrichtungen, in die sie sich von keiner Seite hineinreden lassen möchten, auf deren absolute Unabhängigkeit sie entscheidenden Wert legen.

Außer zu diesen Schulen entstehen die dem ADGB angeschlossenen Verbände alljährlich noch eine kleine Anzahl junger Leute nach Tinz, das kein Fach, sondern eine Weltanschauungsschule ist. Alle diese Schulen haben den Zweck, den Gewerkschaften die notwendigen Kräfte zur Verfügung zu stellen, die berufen sind, an bei vielen wirtschafts- und soziopolitischen Stellen und Behörden, in denen die Arbeiterschaft Anspruch auf gesetzliche Vertretung hat, diese Vertretung auszuüben. Das ist dem Unternehmen und seinen Organen unangenehm ist, läßt sich verstehen. Die Gewerkschaften denken jedoch nicht daran, etwas wichtiges Feld, das früher die Unternehmer und ihre Syndizisti allein beherrschten, diejenigen auch hernehmen als Dummie zu überlassen.

Daher die sorgfältige Ausbildung eines zahlreichen Führerkaders wiederum auch auf die Massenbildung in den Gewerkschaften von vorbehaltlosen Einsicht sein muß, braucht wohl nicht besonders bewiesen zu werden. So ist die Hoffnung berechtigt, daß in dem Maße, wie das gewerkschaftliche Bildungswesen sich auswirken muß, auch die Lüden wieder geschlossen werden, die Inflationstrümpfe und kommunistische Verdeckung in die Reihen der Gewerkschaften griffen haben. Denn daß diese Lüden entstehen könnten, ist im Grunde genommen nur eine Folge der Unzufriedenheit und Unbildung gewesen, in denen die Hoffnungsträger befangen waren. Der Verstand der Massen spielt hier noch einmal, zum hoffentlich letzten Male, seine verderblichen Trümmer griezt. Ihm für immer zu befehlen — das ist die Zukunftstrope und Zukunftssicherung der Ausgabe des heutigen gewerkschaftlichen Bildungswesens.

Einigungsbemühungen in der deutschen Beamtenbewegung.

Unlängst wurde durch Pressemeldungen bekannt, daß zwischen Vertretern des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (ADB) und Vorstandsmitarbeitern des sich als neutral bezeichnenden Deutschen Beamtenbundes (DBB) Besprechungen über eine Vereinigung beider Spartenverbände stattgefunden hatten. Die Meetings elten jedoch in sensatioeller Weise den tatsächlichen wenig voraus, so daß sich die "Allgemeine Beamtenzeitung", das Organ des freigewerkschaftlichen ADB, genötigt sah, den Sachverhalt der Wahrheit gemäß mitzuteilen. Es wurde festgestellt, daß zwar Besprechungen der bezeichneten Art stattgefunden haben, zunächst jedoch nur in unverbindlicher Form. Das Blatt benötigt die Gelegenheit, um zugleich die Voraussetzungen bekanntzugeben, die nach der Ansicht des ADB gegeben sein müssen, wenn eine Vereinigung erzielt werden soll. Dazu muß die neue Organisation die Gewalt bilden, daß sie in wirtschaftspolitischer Hinsicht nach den gleichen Grundlagen geleitet wird, die bisher im ADB maßgebend waren, ferner muß sie ein freimütiges und fröhliches Verhältnis zur Republik ablegen und mit den Spartenverbänden der Arbeiter- und Angestelltengewerbe in engstem Einvernehmen stehen. Bleiben diese Grundlage gewahrt, so könnte der ADB in eine Verschmelzung einwilligen.

Der Verbandsrat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat sich in einer Sitzung am 21. und 22. August bereits mit der Frage der Verschmelzung der Beamtenparteien beschäftigt. Bemerkenswert ist das Resultat, zu dem diese größte freigewerkschaftliche Beamtenorganisation dabei gekommen ist. In einer Entschließung fordert der Verband des Eisenbahnerverbandes

Die "Malergruppe", der ich mich zugejellt habe, umfaßt etwa fünfundzwanzig Köpfe. Junge Blondkäpfe, denen das Leben aus den Augen läuft, die aus den verschiedensten Berufen zusammenkommen. Der Arbeiter neben dem Antestellten, der Erzgebirgler mit seiner ungewöhnlichen Sprache neben dem reinen Hochdeutsch. Aber auch das ist Verbindungsbrücke geworden. Sie bilden eine Kette, und einer führt den anderen, bis sich aus leisem Fühlen und Laufen heraus ein bewußtes Schreiten gebildet.

Das aber ist das Aufwühlende, Aufziehende und Anfeuernde dieser Tagung, daß Jugend so stark in dem Geiste der neuen Idee lebt und nicht zaghaft stehen bleibt, wenn irgendwie Hindernis sich türmt.

Wir waren gestern abend am Blattfeld im Blattfeld auf einer Wiese. In sternförmiger Nacht stand die schwere Silhouette des Mondes. Rembrandtstimmung, die so sehr einschläfernd ist, die in ihrem leichten Übergehen wunderbare Verbindungen schafft, war um uns.

Die Jugend tanzte ihre Weisen bei alten Melodien. Manchmal sprang sie, als ob es stort, in starkem Willen alte Form, Traditionen zu zerbrechen, manchmal wieder so weich, als betrete man neues Boden.

Schemenhof verblieb reden sich hundert Arme in den nächtlichen Himmel und verharren seltsam lang. Wir ist in diesem Augenbilde, als ob eine andere Welt in unsere Nähe geradet sei und als ob unser Sehnen danach sich in dem schemenhaften Bereich fühlen möchte.

Während ich diese Jungen und Mädel um mich herum sah, die mit so starkem Elfer versuchten, in das immerhin schwierige Gebiet von Form und Farbe einzudringen, kommt mir im Augenblick die Frage, ob es denn für den Arbeiter wirklich nützlich bringt, sich auch mit diesen Dingen zu beschäftigen. Wer man schwant nur einen Augenblick mit der Beantwortung.

Wußt es denn nicht gerade für den Arbeiter besonders notwendig sein, sich damit zu beschäftigen, da es sich ja hier um Gebiete handelt, in die er durch die verfehlte Erziehung, die er genossen, bisher nicht Eindringen konnte.

Die bestenskosten Klassen haben die Kunst bisher immer als eine Art Reservatrecht überlassen betrachtet und ängstlich darüber gewacht, daß dem Arbeiter der Weg erschwert würde, die Schönheit der Kunst atmen zu können. Nun ist die Zurückhaltung der Arbeiterschaft vom Quellsengebiet

die gleichen Voraussetzungen für die Verschmelzung wie der ADB. Der Reiterer zu dieser Frage sieht noch hingegen nur eine Vorbedingung, daß die neue Spartenorganisation nur eine Einheitsorganisation für die Arbeiter zu einem Beamten der Reichsbahn auferne, während es gegenwärtig im ADB und im DBB, je eine Eisenbahnbeamtenorganisation gibt.

Inzwischen hat auch der erweiterte Vorstand des ADB zu der durch die Vorbesprechungen der beiderseitigen Vorstandsmitarbeiter gelassenen Lage Stellung genommen. Er hat die von der "Allgemeinen Deutschen Beamtenzeitung" aufgestellten Grundsätze bestätigt und in die Fortsetzung der Besprechungen eingewilligt. Zu offiziellen Verhandlungen ist es jedoch noch nicht gekommen. Der ADB hat bereits eine Bechandlungskommission geschaffen und stellt erwartet nun die Einladung des Vorstandes des DBB, während sich dieser immer noch darauf beklagt, beim ADB unverbindliche Informationen über Einzelheiten des gesamten Fragmentkomplexes einzuholen.

Neuausblick von Tarifverträgen.

Eben a. d. R. Tapizerergewerbe. Mit dem Möbeljachverband wurde am 25. August 1926 ein neuer Vertrag getätig. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 47 Stunden. Die ersten zwei Nebenstunden werden mit 20 v. H., die folgenden mit 30 v. H., die Sonn- und Feiertagsarbeit mit 100 v. H. als Aufschlag zum üblichen Tariflohn bewertet. Bei Nebenarbeit von mehr als zwei Stunden wird in der daraus folgenden Pause eine Freizeit von 20 Minuten gewährt, die ebenfalls dem Aufschlag von 25 v. H. unterworfen ist. Für Altarbeiter sind die Sätze zu bemessen, da bei Durchschnittserstellung der Stundenlohn um 15 v. H. überschritten wird. Bei Außenarbeit beginnt die Arbeitszeit auf der Arbeitsstelle. Wenn der Weg weiter ist als zur Werkstatt, so wird die Zeit auf dem Wege in Stundenlohn vergütet. Fabrikarbeiter 2. Klasse. Jährliche Ferien unter Fortzahlung des Gehalts erhalten Arbeiter nach dem vollendeten 18. Lebensjahr, wenn sie mindestens ein halbes Jahr ununterbrochen im Betrieb sind. Die Ferien dauern noch 18 bis 25. Lebensjahr vier, vom 25. bis 40. Lebensjahr acht und darüber zwölf Werkstage. Außerdem wird eine Sonderbeihilfe gewährt in den Betrieben, die über 20 Arbeitnehmer beschäftigen, und wenn diese mindestens sechs Männer tätig sind. Diese erhalten den Gehalt von fünf Tagen beim ihrer Verheiratung, bei der Geburt eines Kindes, beim Ableben der Ehefrau oder eines im haushalt leben den erwerbstüchtigen Kindes. Beim Ableben eines Arbeiters erhält dessen Ehefrau oder, falls nur minderjährige erworblose Kinder da sind, diesen gleichen Betrag. Mit Schlichtungsmittel — wenn keine gültige Einigung unter den Vertragsparteien möglich ist — gilt der Schlichtungsaufruhr.

Thüringen. An der Metallindustrie wurde ein Metalltarifvertrag abgeschlossen, der auch für die verschäfteten Betriebs- und Autotaktler gilt und von nun an mit unterschrieben wird. Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden, wöchentlich 48 Stunden. Die Hebeleinstundenzulage wurde gleichfalls geregelt. Bei Stücklohnarbeit sind die Preise so zu legen, daß bei normaler Leistung 15 Prozent über den Tariflohn verdient werden können. Diese werden gewährt; nach einjähriger Beschäftigung vier Werkstage, nach zweijähriger Beschäftigung fünf Werkstage, nach vierjähriger Beschäftigung sechs Werkstage, nach sechsjähriger Beschäftigung acht Werkstage. Mit 1. Juli 1928 tritt der Vertrag in Kraft und kann am 1. Oktober 1927 zum 31. Dezember 1927 gefündigt werden.

Der Bildung das Ziel der herrschenden Klasse gewesen, weil die größte Zurückhaltung die geübtigsten Werkzeuge. De mehr der Arbeiter sein Missfall auch in dieser Beziehung erweitert, um so selbstbewußter wird er. Hoffnungen der Zeit schreiten, weil wieder eine Einheit in seinen Augen fällt.

Gerade deshalb freue ich mich dieser Jungen und Mädel, die um mich herum sitzen, die aus starkem Willen heraus an Bau der Zeit arbeiten.

Eine Stunde Wandern durch herrlichen Wald bringt uns nach Sachsenburg, der ehemaligen Korrektionsanstalt, in die im Umbau begriffen ist. Ende August 1927 auch hier ein Volkshochschulheim eröffnet, das jungen Männer und Arbeiterinnen die Möglichkeit der geistigen Weiterbildung geben soll.

Noch wimmelt es von Bauhandwerkern, die jenseits der Sicht früherer Strafgefangener umwandeln. Die schweren, von den Fenstern entfernten Eisenlägter, die schleife auf dem Hof liegen, erzählen von trüben Tagen und wie schreien erleichtert durch die schon fertigen Räume die Licht und Wärme atmen.

Auch hier wählt ein Stück neuer Kultur, und wer bewußt ihre Lage leben.

"Wenn wir schreiten, seit' an Seite", aus den jungen Leuten löst es sich begeistert und ergiebt sich in kleinen Streichen des kleinen Süßchen. Die Freude und Freude mischt sich dazwischen, und die Einwohner drängen sich noch ebenso an die Fenster wie es am ersten Tage. Das letztemal allein wir dem Seminar zu, das nun in diesen Langen Städte, Heim genannt ist. Wie im Sommer sind uns die Tage verronnen, und wir erleben mit einer gewissen Bebauung die leise Stunde. Noch einmal kommt ein Zusammenklang dessen, was war.

Der nimmt zuerst den, was ihm in diesen Tagen ein besonderes Arbeitsgefühl war, noch etwas anderes und das starke Erleben gemeinsamer Arbeit, die hemmungslos die Menschen einander zu führt und ihnen den Bildungsweg für die Arbeit, die über dem Parteidienst liegt.

Nächtig neben all den anderen Wegen, die aus diesem Sinne, dann werden auch Orientierung und Volkshochschulwesen, Erbringung des Endziels der Arbeiterschaft gelten können.

Tagebuchblätter von der Volkshochschulwoche.

Von Georg Schäffer.

Frankenberg i. Sa., im Juli.

Ich stehe immiten blondköpfiger Jugend, die aus verschiedenen Teilen Sachsen hier zusammenkommen zu gemeinsamer Arbeit. Zum größten Teil wenigstens ist es Jugend, die sich hier find. Nur vereinzelt steht der ältere Arbeiter oder die Arbeiterin abwärts, denen man anmerken kann, daß sie erst eine Stunde des Einfühlens brauchen, bevor sie sich auszuleben vermögen. Über die Verbindungsbrücke, die sich bei Menschen, die sich sonst nie kannten noch haben, nur in einem längeren Zusammenleben baut, kommen die hier impulsiv, sprunghaft, vor sich geht, weil man weiß, daß eine Überverbindung, eine gemeinsame Wollen vorhanden ist. So werden Lissmacharn und Begegnungen unter ersten Freunde.

Das kleine Wörlein "Du" ist Brücke, die Verbindungsstieg geworden. Und die ganze Schule in ihrem Bunt, in ihrem Trachten, in ihrem Gesicht zeigt uns das Werden eines neuen starken Geschlechts mit so starker Deutschtum, daß man an eine Zukunftsentwicklung, an sozialistisches Werden glauben muß.

Eine solche Freiheit, in deren Mitte die starke Gestalt des Losstois steht, zieht den Kreis der Überverbündeten noch enger, und jeder fühlt sich bewußt als Glied der Kette.

Der Wittergott, der mit der geplagten Menschheit bisher wenig Gönner hatte, scheint sich nun doch auf seine Pflichten besonnen zu haben. Nachdem Sonne empfängt und am Morgen und lädt uns froh an unsere Arbeit gehen.

Der achttägige Lehrgang umfaßt vier Gebiete: Dr. Radtke regtessiert über Ruhland und die deutsche Jugend auf Grund seiner eigenen Erinnerungen in Ruhland; Dr. Schäffer spricht über Ruhland und die deutsche Jugend auf Grund seiner eigenen Erinnerungen in Ruhland; Dr. Schäffer hat die Gefühlslehre zu seinem Thema und Albert Hesse endlich das Reichenbach, bildbares Gefüle, die Erfahrung der Gefühlslehre von Form und Farbe als seinen Aufgabenkreis genommen. So ist jedem die Möglichkeit gegeben, sich eines dieser Gebiete zu seinem besonderen Wissensdrang zu machen. Aber Wissensdrang ist überall hörbar, ob er sich in dieser oder jener Form ausstellt.



FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN

Wenn die Leute sich nur halb soniel Rechenschaft über ihr eigenes Leben geben wollten als über das Leben der anderen, so würden sie sich des Ratgebens enthalten.

Die Wahrheit ist oft zu einfach, um Glauben zu finden.

Die Frauen und die Gewerkschaftsbewegung.

Auch unsere weiblichen Mitglieder sollten sich in dieser Zeit, wo die Gewerkschaften aller Länder auf einen fünfzehnjährigen Zusammenklang zusammenschauen können, einmal ernstlich mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigen. Eine internationale Vereinigung, die sich in einer Zeit von fünfzehnjährigen Jahren bewährt und gehalten hat, die muss doch ihre Lebensfähigkeit und ihre Notwendigkeit hervorheben haben. Wenn man bedenkt, in welchem Ausmaße der Weltkrieg die Männer gegeneinander gehegt hat, was doch nicht ohne Einstufung bleiben konnte auf die internationales Beziehungen, so muss doch jeder unbefangen erkennen, dass unsere internationale gewerkschaftliche Verbindung unerschütterlich ist. Die Internationale hatte nach ihrer Gründung in neun Ländern 3½ Millionen Mitglieder, jetzt umfasst sie 23 Länder mit etwa 18 Millionen Mitgliedern.

Die Frauen sind darin mit 1 700 000 vertreten. Daraus ergibt sich, dass auch die Frauen, die auf ihren Verdienst für geleistete Arbeit angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, erkennen haben, dass der Zusammenklang in gewerkschaftlichen Organisationen eine Notwendigkeit ist.

Es handelt sich nun darum, auch jenen Frauen und Mädchen, die uns noch fernstehen, klar zu machen, dass in Zukunft ihr Anteil an unserem Verband erforderlich ist, sofern sie nicht selbst verschuldet wollen, dass künftige Wirtschaftskämpfe zu ihrem eigenen Schaden ausfallen. Denn das muss jetzt auch den Frauen und Mädchen klar stehen, dass in den nächsten Zeiten sich ein harter Kampf abspielen wird zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

In den Branchen des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverbandes wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch der Frauen und Mädchen durch die Funktionäre des Verbandes mitgeprägt. Auch wenn sie nicht dem Verband angehörten, fanden sie dadurch in dem Mitgenuss der erkrankten Vorteile, ohne ihr geringstz. Zutun. Wohl beträumen viele junge Mädchen die Jahre, in denen sie erwerbstätig sind, als eine Zwischenzeit bis zu ihrer erworbenen Berberatung. Wie die sozialen Zustände heute beschaufen sind, ist die Hoffnung auf Bereicherung aber für viele auch nur ein schöner Traum. Die Rolle der Zeit erschwert die Eheschließungen. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, die verhindern jeden gewissenhaften Menschen, eine Familie zu gründen, bevor nicht die Existenzmöglichkeit gegeben ist. Das ist diese Sicherung der Existenz überhaupt nur möglich, wenn auch die Frau weiter erwerbstätig bleibt, weil der Verdienst des Mannes allein nicht genügt, um die Familie zu erhalten. Man schaut, dass in Deutschland 4-5 Millionen Frauen erwerbstätig sind, ungerechnet jene, die durch Haushalte sich Nebenverdienste zu verdienen wissen und die Kinder herabdrücken helfen. Man dient nur an Städtern, Hörerinnen, Malerinnen usw., die Verbindungen besitzen und Arbeiten bekommen aus Besitztum. Ferner denken wir an die eigentlichen Heimarbeitlerinnen in der Kleider- und Wäschekonfektion, die zum Teil direkt für große Firmen arbeiten oder solche erst wieder durch die Unternehmer, sogenannte Zwischenmeister, sind.

Auch in den Nähsstuben wird die Ausbeutung der Arbeitnehmerinnen in einem Ausmaße betrieben, von dem die Heimarbeit-Ausstellungen grauenhafte Bilder geschildert haben.

In den Branchen unseres Verbandes sind nach der letzten Abrechnung 5084 weibliche Mitglieder organisiert. Wenn auch zugegeben werden muss, dass infolge der schlechten Wirtschaftslage die Zahl der weiblichen Beschäftigten in den Betrieben sehr reduziert wurde, so gibt es dennoch recht viele Frauen und Mädchen, die noch nicht organisiert sind. Diese unorganisierten sind die Helferhelfer aller jener Unternehmer, die ständig bestrebt sind, die Löhne herabzudrücken. Denn die Unternehmer rechnen gerade mit diesen Arbeitsträgern, wenn die Forderungen der Organisation nach Lohnanlagen usw. abgewiesen werden. In ihnen willten sie Arbeitswilligkeit um jeden Preis, also deutlicher gefasst Streikbrecher, die in unbegrenzlicher Gleicherfülligkeit für schlechte Löhne arbeiten.

Diese unorganisierten Frauen und Mädchen haben zum größten Teil noch nicht einmal erkannt, wie sehr sie sich und ihren eigenen Interessen dadurch schaden, dass sie obsolet stehen. Ihnen müssen wir die Augen öffnen, müssen ihnen begreiflich machen, in welcher Weise sie ihre eigenen Interessen mit führen treten, wie sie aber auch durch ihre Teilnahmsfähigkeit dazu beitragen, das Lohnentkommen der männlichen Arbeiter zu drücken, denn der Unternehmer nimmt immer gern billige Arbeitsträger, wo er solche findet.

Wir müssen deshalb jetzt mit aller Kraft bemüht sein, die uns noch fernstehenden Frauen und Mädchen dem Verband zuzuhören. Die Werbewoche ist wesentlich schon mit doppelter Eifer hierzu benutzt worden. Es gilt aber diese Arbeit fortzusetzen und nicht locker zu lassen, bis das Ziel erreicht ist. Wer auf Erwerbsarbeit angewiesen ist, hat die Pflicht, sich der Berufsorganisation anzuschließen, startet eure Mitarbeiter auf, führt sie dem Verband zu, ihr dienst euch dadurch selbst und allen Berufsgenossen.

Der Frauenüberschuss ist in der deutschen Bevölkerung nach der Volkszählung des vorigen Jahres um das Dreifache gegen die Vorkriegszeit gestiegen. Vor allen tritt dieses Frauenüberschuss, genau wie in der Vorkriegszeit, in den Großstädten in die Errscheinung, doch ist er durch den Krieg mit seinen Verlusten an Männern auch in den übrigen Städten, in denen er vor dem Kriege fast verschwinden war, jetzt ganz gewaltig angewachsen. Nach der letzten Zählung kommen auf 1000 männliche Personen an weiblichen in den Landgemeinden 1039, in den Land-, Kreis- und Mittelstädten 1062 und in den Großstädten 1116. So prägt sich, genau wie in der Vorkriegszeit, die ganze kapitalistische Konzentration mit ihrem Massenwohnungswesen auch in diesem gewaltigen Frauenüberschuss wieder. Der Kapitalismus zwingt mit all seinem Elend gerade die Frau in seinen Bann.

Frei und wahr.

„Sei wahr, mein Kind!“, so hören wir in unserer Jugend selber, so lehren wir als Alte heute unser Kind, hören wir von allen älteren. „Sei wahr!“

„Sei frei!“, so rufen wir jedes hinzu. „Wir kämpfen.“

„Sei frei, damit du wahr sein kannst!“

Kurz der Mensch, der frei ist, der ungehemmt ist von äußeren, ungewöhnlichen Einschränkungen, kann wahr sein, und unwahr ist darum das Leben, das mit seinen sozialen Nötzen die innere Freiheit und echte Weisheitlosigkeit kennst, das mit seiner Ausserlichkeit kultiviert und seinem

Sontiges 780,25 Mt. Am Schluss des zweiten Quartals bleibt Bestand 130 880,23 Mt.

Die Einnahmen der Hauptkasse sind folgende: Bestand und Einfüllungen 61 430,49 Mt. Erhoben 17 505,40 Mt. Binsen 795 Mt. Verschiedenes 346,80 Mt. Zusamgesamt 80 096,52 Mt. Die Ausgaben waren im wesentlichen folgende: Agitation 11 207,77 Mt. Zeitung inkl. Frauenzeitung 10 289,37 Mt. Vermaltung: persönliche 6618,20 Mt., jährliche 4132,54 Mt. Lohnbewegungen 2397,30 Mt. Rechtskosten 1666,45 Mt. Eingehungen 6910,75 Mt. Zu- schüsse 10 025,88 Mt. Rückvergütungen 147,30 Mt. Unterstützungsstelle 888,88 Mt. Verbandsstag und Konferenzen 9708 Mt. Aufzahlungen 7116,81 Mt. Beförde 908 079 Mart. Insgesamt 80 096,52 Mt. Die Lokalkassen verausgaben für die Hauptkasse: Für Reiseunterstützung 535,35 Mart., Arbeitslosenunterstützung 52 801,13 Mt., Krankenunterstützung 12 365,10 Mt., Berbidgebühre 1247,95 Mart., Streik 1552,95 Mt. Der Bestand für nächstes Quartal beträgt 10 075,55 Mt.

Aus unseren Berufskreisen.

Buntes Allerlei vom Bundestag der Sattler.

Der Sattlerbund hat in Bremen getagt und Stellung genommen zu der Frage der Vergabe staatlicher Arbeiten. Es wird verlangt, dass solche Arbeiten nicht mehr den Mindestforderungen erteilt werden, sondern dass die Zuschlagserteilung zu einem angemesseneren Durchschnittspreis erfolgt, der unter Hinzugziehung von geeigneten

wirtschaftlichen Herrentum-Charakter so oft gar zum Scheine und zum Heuchlerischen zwinge.

Ist das Kind, dem du Wahrheit lehrst, wahr, wenn es zu gelingtem können geboren, aber aus deiner wirtschaftlichen Zwangslage heraus an der Entfaltung des geistigen Könmens gehindert ist? Dein Kind, das vielleicht zum Rathgeber bestimmt, aber an der Drehscheibe oder am Pult steht, ist unwahr.

Ist der Mensch, der da in überschäumender Fülle einer großen Seele bestimmt ist, zum Menschen der Mensch zu sein, Bruder zum Bruder, Träger der Freude aus jähzender Seele heraus, ist dieser Mensch wahr, wenn Sorge ihn drückt und so die Röte des Lebens ihn fern halten von seiner großen ethischen Aufgabe zum Menschen?

Oder wenn dich dein Wissensdurst drängt und du machen möchtest in deinem geistigen Wesen und dann die lange mechanische Arbeit dich so drückt und lähmst, dass du ost nichts anderes wagst, als in den wenigen freien Stunden zu vegetieren?

Du bist ein Slovo deines Lebens — und merkt es so jetzt nicht einmal. Du glaubst oft, noch frei zu sein und bist doch nichts als ein Spielball von Mächtigen. Sei frei und kämpfe, damit du wahr sein kannst!

Die Frau in der Organisation.

Die Nr. 30 unseres Fachorgans brachte uns Frauen eine überraschende Freude durch die Einrichtung der „Frauenecke“. Soviel man mit Frauen über diese Neuordnung auch spricht und nach ihrer Meinung fragt, überall ist die Freude zugänglich über den kleinen Platz, den man nun auch der Frau einräumt. Wenn man in den politischen Tageszeitungen immer wieder sieht, wie man sich um die Auflösung der Frau bemüht, dann muss man ohne weiteres zu der Erkenntnis kommen, dass die Auflösung der Frau aus wirtschaftlichem Gebiete eine noch gröbere Notwendigkeit ist.

Mehr denn je wird durch die wirtschaftlichen Verhältnisse die Frau in das Erwerbsleben hineingezogen. Überall dort, wo dem Unternehmertum die Arbeitskraft des Mannes als zu teuer erscheint, verlässt er an dessen Stelle weibliche Arbeitsträger einzustellen. Verfehlt aber wäre es nun ohne weiteres anzunehmen, dass durch das Hineinbringen der Frau in das Erwerbsleben diese von selbst zu der Erkenntnis des Wertes ihrer Arbeitskraft gelangt. Gerade weil die Frau auch vom Mannen bisher als die „Untergabe“ betrachtet wurde, deshalb ist in ihr das Gefühl des Selbstbewusstseins nicht so stark ausgeprägt, wie es sein sollte. Und wir brauchen uns nur innerhalb unserer Organisation umzuziehen, dann werden wir auch erkennen, dass die Frau im allgemeinen noch nicht den Anteil am Organisationsleben nimmt, den sie nehmend sollte. Das mag keinen Grund darin haben, dass die Frau außer ihrer Berufssarbeit ja auch noch häusliche Pflichten zu erledigen hat, die sie übermüden und die ihr deshalb nicht Zeit lassen, sich darüber hinaus noch mit der einschlägigen Literatur zu beschäftigen. Gerade wegen dieser Dinge aber ist eine Auflösung der Frau durch die Zeitung, die in gemeinschaftlicher Weise diese Frage behandeln kann, eine Notwendigkeit!

Die „Frauenecke“ soll uns und allen Frauen ein Ansporn sein, mehr als bisher am Organisationsleben teilzunehmen. Und wenn die Organisationen in Zukunft zu Versammlungen austrufen, dann wollen wir durch unser volzhältiges Er scheinen zeigen, dass es uns ernst ist, für Verbesserung unserer Lebenslage mitzuwirken im Verband. M. Kitan, Dresden.

Sachverständigen zu ermittelten ist. Die Forderung wird damit begründet, dass es trotz aller Bemühungen dem Handwerk nicht gelänge, einen genügend großen Anteil an den vergebenen staatlichen Arbeiten zu erhalten, weil der Zuschlag immer dem Mindestfordernden zuteilt wird. Es ist kaum zu erwarten, dass die Hinweise auf die Möglichkeit, dass schlechtes Material Verwendung finden würde, die Behörden davon überzeugen, dass die Handwerksträger Besseres verwenden, wenn sie trockner Preise den Zuschlag erhalten.

In der Lehrlingsfrage soll aus lebensnotwendigen Gründen dem Nachwuchs mehr Beachtung geschenkt werden. Man will nur 1. Klasse-Schüler einstellen und nur in Ausnahmefällen solche, die in der 2. Klasse aus der Schule entlassen werden; aus den unteren Klassen Entlassungen sollen nicht angenommen werden.

Es ist durchaus nicht wahr, dass die aus unteren Schulklassen kommenden Schüler nicht tüchtige Menschen und Handwerker werden können. Es spielen oft ganz eigenartige Faktoren mit, die es verschulden, dass ein Junge zurückbleibt. Es gibt Beispiele genug, dass berühmte Männer in der Schule als wenig begabt gegolten haben. Um allgemeine halten wir deshalb solche Beschlüsse für verfehlt; man muss sich mehr an eine Ausprobung der Fähigkeiten des Lehrlings halten; auch Schüler, die aus der 1. Klasse kommen, sind nicht immer geübt.

Alle ohne Lehrvertrag Beschäftigten sollen nur als Arbeitgeber gelten, also auch solche, die als Lehrlinge angenommen, denen man aber nicht die Befähigung zu erkennen und den Lehrvertrag verweigert.

Abrechnung des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverbandes für das 2. Quartal 1926.

Mitgliederbewegung: Bestand am Schluss des ersten Quartals 20 737 Mitglieder, davon männliche 25 035, weibliche 5702. Eingetreten 1047, zugereist 108, angemeldet 40, abzüglich 31 932. Danach gingen ab: Abgemeldet 496, abgereist 518, ausgeschlossen 2066, geflohen 23, insgesamt 5098. Am Schluss des zweiten Quartals verbleibt ein Mittlerbestand von 28 884, davon sind 23 750 männliche und 5084 weibliche. Der Gesamtverlust an Mitgliedern beträgt 1903, davon sind 618 weibliche und 1285 männliche.

Die Rassengeburt war in den Lokalkassen folgende: Bestand am Schluss des ersten Quartals 121 593,09 Mt. Bestand am Schluss des zweiten Quartals 122 003,54 Mt. Lokale Erbabsatzträge 29 618,25. Erwerbslosenmarken 1268,21 Mt. Sittenkosten 122,24 Mt. Sontige Einnahmen 811 209 Mt. Insgesamt 103 260,46 Mt.

Ausgaben: Agitation am Ort 2519,86 Mt., in Nachorten 784,53 Mt., Entschädigung der Ortsverwaltungen 279,89 Mt., Gehälter der Angestellten 21 849,15 Mt. Sonstige Entschädigungen 2236,57 Mt. Sitzungsgeld 2262,85 Mt. Kartellbeitrag 3960,11 Mt. Arbeitsnotwehr 103,05 Mt. Kartellbeitrag 561,52 Mt. Konferenzen 595,45 Mt. Erwerbslosenbeiträge 34,81 Mt. Lohnbewegungen 749,20 Mt. Lokale Streikunterstützung 813,85 Mt. Lokale Ge-Marken 76,50 Mt. An andere Gewerke 122,24 Mt. Kosten 38,80 Mt. Lokal Unfallunterstützung 6291,29 Mt.

Wer auch noch so wichtig ist, aber keinen ordnungsgemäßen Lehrbrief vorlegen kann, wird nur als Hilfsarbeiter eingestellt und entlohnzt. Nach diesen Grundsätzen soll in Zukunft verfahren werden, sie sollen als verbindlich gelten bei Regelung des Lehr- und Arbeitsverhältnisses.

Untere Auszüsser werden gut tun, wenn sie ihr Auskommen an allen Orten schart daran richten, in welcher Weise die Schätzlese häufig in der Praxis gehandhabt werden. Man braucht nicht gerade Schwarzlese zu sein, um vorauszusehen, daß daraus in Zukunft manche Komplikationen entstehen werden!

Der Bundesvorstand mache zwar gleich darauf aufmerksam, daß diese Anträge nicht für die Handwerkskammern in Frage kämen, doch wurde ihm gelassen, man könne die Nachwuchssfrage nicht allein den Handwerkskammern überlassen.

Der Antrag, daß die Erwerbstoldefürsorge in seiner Form weiter ausgebaut werden darf, wurde, wie schon berichtet, zugestimmt. Hierzu ist schon das Erfordertliche in Nr. 36 gelagert worden.

Auch das Kapitel Schwarzarbeit ist schon erörtert worden, weil der Umlaufstand in Handwerkskammern außerordentlich groß ist. Über die wahre Ursache, die bekannte Lehrlingszüchterei, ist man indes gänzlich hinweggegangen. Wer diese Tatsache erwähnt, wird als Kripel hingestellt. Was fruchtet die heile Wölfe des Bundes, zur guten Ausbildung der Lehrlinge zu sorgen, wenn die Auszüsser keine Arbeit finden können? Und wenn sich dann überdies die Meisterschöne als Volontäre und Vohndräger bemühen, die eitl. freiberwendende Arbeitsplätze für sich zu Anpruch zu nehmen? Wenn dann noch Anträge gestellt werden, wie der Niederausgabe betriebs Abbau der Arbeitslosenfürsorge, dann faßt man sich über soviel Unverständnis nicht entrüssten?

Übrigens haben wir die Vertreter des Sattlerhandwerks nicht allgemein als Krauter bezeichnet. Es handelt sich doch um einen bestimmten Antrag und seine Urheber. Vielleicht prüft man den Sinn dieser Entrüstung gelegentlich etwas näher. Bei der Erörterung über Schwarzarbeit wurde ein Antrag angenommen, darauf hinzuweisen, daß allen Festsangehörten jede Nebenarbeit gänzlich verboten wird. Insbesondere wurde dabei erwähnt, daß Vollangestellte bei der Reichswehr Arbeiten anstreben dürfen. Dennoch solten sie es wohl unentbehrlich tun dürfen? Auch je eine naive Auffassung. Wahrscheinlich hat schon mancher Meister als Soldat für seine Kompagnieschäfte gearbeitet, und das wird wohl auch nicht so leicht verschwinden. Darüber ein Beitrag zu machen, wäre schon der Höhe wert.

Es ist fast unglaublich, welche zöpfigen Anklamungen sich in der Handwerkerbewegung jetzt wieder breit machen. Wir möchten jedoch nicht unverwahrt lassen, daß es auch einige einsichtige Sattlermeister gibt. In Grünberg i. Schlesien aus Anlaß eines Büchlaus der dortigen Junung eine Tagung statt, an der eine große Anzahl Stadtvereiter teilnahmen. Herr Vorbag (Wien) berichtete dort, daß dem Verband zwanzig 20 Junungen mit 659 Meistern, 208 Gesellen und 407 Lehrlingen angehören. Man möge sich diese Zahlen zu recht genau ansehen und uns dann sagen, wieviel davon wohl "Krauterer" sein mögen. 208 Gesellen, 407 Lehrlinge! Sind das nicht prechtende Zahlen? — Herr Gottwald (Slogau) hat über die Frage referiert, wie die Tapezierer (unter den 659 Mitgliedern sind 98 Tapezierer) ihre Interessen in diesen gemischten Junungen wahren können. Was er da gelagt hat, wird zwar nicht berichtet, jedoch in der Aussprache lag der Vorwurf, daß man an besten Schwarzarbeit nicht darum unterbringe, daß man keine Lehrlingszüchterei betreibe. Die Zahl der Lehrlinge sei zu begrenzen, da viele Gesellen arbeitslos seien. Dem Bundesvorstand wurde eine Anregung von Freiburg überwiesen, er möge dahin wirken, daß die Schwarzarbeit gesetzlich bestraft wird. Darauf erkennt man, was der Vorwurf, Herr Klapper, mit seiner Mahnung, die Lehrlingszüchterei zu unterlassen, erreicht hat.

Dass solche Mahnungen völlig wirkungslos verhallen, ist uns längst bewußt. Schon gelegentlich einer Tagung österreichischer Sattlerinnungen im Herbst 1920 kräuserte der Obermeister Kleß (Barientstein) die Lehrlingszüchterei. Er betonte, daß die ausgelernten Stellenhöfen jede sich bietende Arbeit annehmen. Man könne ihnen das nicht einmal verdenken, denn jeder, der sein Handwerk ordnungsgemäß erlernt hat, will auch darüber arbeiten. Lebhaft haben wir auch Gemeinfreiheit. Da in Österreich seit jener Zeit die Lehrlingszüchterei etwa eingedämmt worden? Und diese Veute belägen dann den Rückgang des Handwerks und wollen mehr sein als Krauterer. Wie es auch gesellt!

Zu diesem Zusammenhang muß man sich auch die Arbeitsangebote und Stellenangebote in unseren Nachschlagungen betrachten. Die Stellenangebote sind sehr rar, sehr zahlreicher sind die Besuche. Die Form dieser Stellenangebote ist recht interessant und gewährt Einblick in die Wirtschaftslogik, die die herrschenden Zustände grotz belegen. Hier einige Beispiele: „Suche für meinen Gehilfen Stellung zur weiteren Ausbildung. Auf Lohn wird weniger gelebt.“ — „Sattlergehilfe, 24 Jahre, 5 Jahre seitdem, wenige Stellung zur weiteren Ausbildung, mit Rost bei geringem Lohn.“ — „Tüchtiger Sattler sucht Stell als Volontär; derselbe in 30 Jahre alt, hat in verschiedenen Branchen (Pferderi, Tüchrierien, Sportartikel, Fußbälle) gearbeitet. Seine weniger auf Verdienst als auf Stellung. Seine auch Vermögen.“

Von der Lage in der Ledertwarenindustrie wird berichtet, daß die Leipziger Messe wohl einige größere Erfolge brachte, daß im allgemeinen aber nur kleine Umsätze erzielt wurden. Dabei wurde die mittlere und billige Preissage bevorzugt.

Die Eröffnung ist eine Folge geschickter Kaufkraft, zugleich aber auch ein Werk der gegenwärtigen Mode. Diese verlangt nämlich von einer modernen Dame, daß sie an jedem Kleid oder Kleid eine dazu passende Tasche trägt. Dafür sind diesen Augus nicht gar viele Frauen leisten können, sowohl kostbare, edle Ware in Betracht kommt, ist erschöpft. Deshalb kommen vorwiegend für

diese Maßnahmen Lederrimentionen und billigere Modelle zur Verwendung. Dem entspricht natürlich auch die Qualität der Arbeit, auf die beim rohen Modellmachen kein Gewicht gelegt wird. Ein Umlaufstand tritt dabei noch in Erachtung, daß der Fabrikant Gefahr läuft, einen Artikel nicht absetzen zu können, weil der Modellmacher sich zu rasch vorsieht. Das viele Rustermachern verteilt außerdem die Ware und macht das Geschäft risanter.

Unter diesen Umständen ist der Händler im Einkauf sehr aufgeschlossen; alles spann gleiß auf einen Schlager, um einen größeren Umsatz zu erzielen. Industrie und Handel müßten diesen Modellmächen entgegentreten und eine größere Einheitlichkeit in den Modernisierungen anstreben. Es will uns scheinen, als ob die Fabrikanten sich in dieser Hinsicht den Haupthaftwohl wohl seltsam zuschreiben haben. Man muß doch berücksichtigen, daß die Mode doch in der Hauptfläche von einigen Modedamen gemacht wird, die den Trend bestimmen, die Damenwelt mit eitrigen Neuerungen überraschen. Wenn die große Masse der „Kaufträtigen“ das alles mitnehmen könnte, würden immer noch nette Umfänge in Betracht kommen. Hier scheint mehr ein Verspätung vorzuliegen, indem man falsche Witterung nachdrück und Schläger verwendet, die keine geworden sind, weil legten Endes doch die fehlende Kaufkraft alles verschuldet. Die Bemühungen, diese Tatsache mit anderen Gründen zu verschließen, sind doch zu durchdringlich. Legten Endes sind die Versuche, die Konkurrenz mit immer neuen Mustern aus dem Felde zu schlagen und den Markt für sich zu erobern, auch in anderen Industrien heute ganz gäng und gäbe. Es sind und bleiben am Ende aber doch eben Versuche, die mit unzureichenden Mitteln unternommen werden und deshalb nicht zum Ziel führen können. Es gibt nur ein sicheres Mittel, das alle die Leid bringt: die Konjunkturfähigkeit der großen Masse des Volkes, richtig der Wölfe, muss hergestellt werden. Herunter mit den Preisen! Herunter mit den Prostitutionen und Schlaf mit dem Wirtschaftsleben unruhigen, unproduktiven Ballastes in den Betrieben. Geduld und gehorchen ist über diesen üblen Punkt in der privatkapitalistischen Wirtschaft schon überwunden. Wir bezweilen indes recht stark, daß die maßgebenden Wirtschaftsführer erstaunlich doran denken, einmal in dieser Hinsicht zur Tat zu schreiten und Remedy zu schaffen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende August 1926.

Bericht haben 150 Verwaltungsstellen mit 27 693 Mitgliedern, davon 4911 weiblichen. Nicht berichtet haben 24 Verwaltungsstellen mit 860 Mitgliedern, darunter 94 weiblichen.

Arbeitslos waren Ende August 1921 männliche und weibliche Verbandsmitglieder, die sind 32,6 Prozent gegenüber 32,2 Prozent Ende Juli dieses Jahres. Kurzarbeiter waren vorhanden:

	männl.	weibl.	gesammt	Großente
	Rund.	Rund.	Rund.	Rund.
1 bis 8 Stunden	850	156	1015	3,7 (5,3)
9 bis 16 Stunden	1201	371	1572	5,7 (6,3)
17 bis 24 Stunden	2132	503	2635	9,5 (13,4)
25 und mehr Stunden	632	301	933	3,4 (5,4)
Zusammen	4824	1331	6165	22,2 (28,5)

Es ist also eine kleine Besserung zu verzeichnen. Erst die Ergebnisse der nächsten Monate werden zeigen, ob diese Bewegung andhält.

Für Offenbach a. M. meldet der Arbeitsmarkt über die Stellensuchenden:

Stellensuchende am	20. 8.	27. 8.	3. 9.
Sattler	812	795	625
Portefeuillier	2709	2709	2623

Auch hier sehen wir eine geringe Besserung in der letzten Zeit.

Vom deutschen Geldmarkt.

Man kennt Bank und Börse als das Herz der Wirtschaft, von wo aus die Aktivität des Lebensstiftes — des Geldes — geregelt wird. Ist auf dem Geldmarkt der Jinschtag hoch, dann schwächt das den Wirtschaftsbetrieb, denn die hohen Zinsen werden verdient sein, wenn somit ungemein verteuert auf das Produkt, was verhindert, daß eine Senkung der Preise erfolgen kann. So weit mag das richtig sein. Nun ist aber doch tatsächlich der Jinschtag im Laufe des Jahres 1926 ständig gesunken. Die Deutsche Wirtschaftszeitung bringt in Heft 36 eine Aufstellung aus der dies klar erledigt ist. So mußte im Januar für tägliches Geld ein Zins von 7,92 bezahlt werden, im Juli aber nur 4,80, für Monatsgeld im Januar 5,55, im Juli nur 5,70. Der Reichsbankdiskont betrug im Januar 1%, im Juli nur 1%.

Der Kapitalbedarf der Industrie, der Bodenwirtschaft, der Gemeinden war indes viel zu groß, so daß der innerstädtische Geldmarkt nicht anlaufen war, die Nachfrage zu decken. Man hat daher im Ausland Gelder geholt, doch ist die dort aufzunehmenden Beiträge nicht so hoch als im Vorjahr gewesen.

Wie steht die Wirtschaft danach? Berichtet, daß erkennbar man auch daran, daß die Bankenflüsse und die Einlagen bei den Sparkassen leinesmaßen den Stand der Vorjahreszeit erlangt haben, der Kapitalmarkt sei im wesentlichen mit Auslandsgeld verorgt worden. Die Geldmehrheit sei aber auf die allgemeine Stille in unserer Wirtschaft zurückzuführen, auch die Steuerpolitik der Regierung, deren Geldreserven eine ungewöhnliche Höhe aufzuweisen, habe dieselbe begünstigt.

Für die nächsten Monate muß jedoch mit einer enormen Mehrbeanspruchung des Geldmarktes gerechnet werden, weil erfahrungsgemäß nach der Erntezzeit gegen Ende des Jahres eine allgemeine Geschäftsschwäche einsetzt, die aufgezeigt pflegt. Außerdem wird der Geldmarkt noch außerordentlich in Anspruch genommen durch die Finanzierung der Roßhandelsarbeiten, für welche 1 Milliarde Mark er-

fordertlich sind. Aus diesen Erwägungen sei in der nächsten Zeit mit einer weiteren Heraufsetzung des Jinschages zu rechnen, vielmehr sei anzunehmen, daß die Zinsen wieder steigen. Die Reichsbank nimmt gegenwartig 6 Prozent, sie kostet damit vorläufig anzunehmen.

Inwieweit aus diesen Erwägungen Schluß gezogen werden können auf die nächste Gestaltung der Wirtschaftslage ist schwer zu sagen. Vor allem kommt es darauf an, ob die Belebung der Berg- und Schwerindustrie andauert und ob der Baumarkt eine wesentliche Förderung erhält, damit die Innlandskonsum der Volksmassen gebessert wird.

Kundschau.

Deutschland im Völkerbund. Am 10. September ist Deutschland mit gewaltigem Applaus in den Völkerbund aufgenommen worden. Selsmann und Briand haben sehr gut vorbereitete Reden gehalten, so daß man fast in den Gläubigen verlegt werden kann, ein neuer, wohrer Völkerfrühling werde jetzt anbrechen. Wenn man sie jetzt kündigt ganz so, als ob nunmehr zwischen Frankreich und Deutschland alles in Ordnung ist. Im Grif sind der Reden wahnsinnig schön genug geweckt worden, die Wölfe möchten aber schon lieber Taten sehen. Taten, die endlich der Arbeitslosigkeit ein Ende machen und dem Prostitution der Unternehmer ein Ziel legen. Die Lebensmittelpreise steigen und trotzdem verdrückt man ständig die Böhne abzubauen. Darüber können uns die schönsten Reden nicht hinwegtäuschen.

Das Eisenbahngesetz bei Cellerde ist nun doch als wohl vorbereitetes Verbrechen aufgestellt worden. Trotzdem bleibt an der Eisenbahnverwaltung der Schulden haften, daß die Streckenkontrolle ungültig gewesen sein muß. Nach den Feststellungen, welche seit die Lösung der Schrauben und Lüschon, die die Schienen an den Schwellen festhalten, erfordert, hätte bei ausreichender Kontrolle dies nicht unbeachtet geblieben können. Wie berichtet wurde, soll nunmehr Abhilfe geschaffen werden, nachdem der Personalausstand genug Unheil verschuldet hat.

Büchercafé.

Kulturwill Nr. 8. Mensch und Maschine. 20 Seiten. Einzelnummer 20 Pf. Jahresabonnement 24,40 Pf. Preisnummer frei. Verlag Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Braustraße 17. — Die Lektüre dieser Zeitschrift stellt für den Leser gewisse Anforderungen und zwingt zum Durchdenken vieler noch ungelöster Probleme. Aber gerade darin liegt ihr Wert, daß sie nicht flüssig Tagesunterhaltung bietet, sondern den Blick weiter und das Geiste um Wesentliches bereichert. Demnach norddeutsche Kulturwill empfiehlt, zumal der Preis von 20 Pf. kein Verhältnis zu dem Bedeutenden steht.

„Laden links“ ist in jenen soeben erschienenen Nr. 8 ganz besonders gut und politisch hochaktuell. Deutschland tritt in den Völkerbund und die deutlich-nationale Regierungsschule, das Gesetz gegen Schmutz und Spuren und die russische Staatskrise liefern in erster Linie den Stoff zu treffsicherer Wirkung. Eine Nummer kostet 25 Pf. zu bezahlen durch alle Volksbuchhandlungen und Buchanstalten oder direkt vom Verlag A. H. W. Dies Kulturanzeige „Laden links“ bei allen Zeitungslöschen.

Der Schiedspruch über Verlängerung der Wochenschriften vom 2. Juli 1926 im Freistaat Sachsen für allgemeinverbindlich erklärt. Enthaltung.

Der Schiedspruch über Verlängerung der Wochenschriften vom 2. Juli 1926 wird für den beruflichen Gattungsbereich gewerblicher Arbeitnehmer in der Ledertreiberei-Industrie, im Umfang des § 1 des Reichsstaatvertrages vom 25. September 1925, für den räumlichen Geltungsbereich des Freistaates Sachsen für allgemeinverbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 24. Juli 1926.

Berlin, den 4. September 1926.
Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung
D. A. Blachette.

Verbandsnachrichten.
(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 18. bis 19. September ist der 37. Wochenballtauftätig.

Wer sich vor Schaden hüten will, bezahle seine Beiträge regelmäßig.

Nichtung!
Auf Antrag der Ortsverwaltungen wurden die Mitglieder Paul Markens, B.-Nr. 23 255, Delmenhorst, und Bruno Landmann, B.-Nr. 12 064, Halle, wegen Beihilfe gegen die Interessen des Verbandes ausgeschlossen.

Der Hauptvorstand.

Sterbefasel.
Berlin. Am 4. September starb unter langjähriges im Alter von 34 Jahren.
Zeh. Am 3. September starb nach langerem Leben der Tapezierer, Kollege W. Eigenwillig im Alter von 28 Jahren.

Erth ihrem Andenken.